

Art. 106 (1) Bayerische Verfassung:

„ Jeder Bewohner

Bayerns hat Anspruch

auf eine angemessene

Wohnung“

Art. 106 (2) Bayerische Verfassung:

„Die Förderung des Baues
billiger Volkswohnungen
ist Aufgabe des Staates
und der Gemeinden“

Die Bayerische Staats-
regierung und die Stadt
Regensburg

verstoßen seit Jahrzehnten
gegen Art. 106 der
bayerischen Verfassung!

MP Söder`s leeres

Wahlversprechen 2018:

10 000 neue Wohnungen

durch BayernBau bis 2025!

Bisher im Bau: 522 (lt. Münchner AZ vom 31.01.22)

Wegen Hypo Alpe Adria Skandal ?!?

(beteiligt auch alt OB Schaidinger):

Seehofer und Söder

„verschenken“ im Jahr

2013 an privaten Investor

33 000 Wohnungen !!!

Grund und Boden ist nicht vermehrbar!

Unsere Forderung:

Daher darf Grund und

Boden im Staatsbesitz

(Bund, Länder, Kommunen)

nicht verkauft werden!

Unsere Forderung Nr. 5

Erbpacht:

Eine Vergabe städtischer Grundstücke
als Neubaugebiet erfolgt künftig nur
noch an die Stadtbau oder in Erbpacht
an Wohnungsbaugenossenschaften
mit dauerhafter Mietpreisbindung

Unsere Forderung Nr. 4

Förderquote in Neubaugebieten:

Auf allen Neubauflächen im Stadtgebiet Regensburg müssen künftig mindestens 70 % der Wohnungen als geförderte Wohnungen mit dauerhafter Mietpreisbindung realisiert werden.

Unsere Forderung Nr. 3

Förderquote bei der Stadtbau:

Die Stadtbau Regensburg schafft
künftig im Wohnungsneubau
ausschließlich zu 80% geförderte
Wohnungen für geringe und mittlere
Einkommen mit dauerhafter
Mietpreisbindung.

Unsere Forderung Nr. 2

Neubauoffensive der Stadtbau:

Die Stadtbau wird in die Lage
versetzt, jährlich mindestens 300 neue
Wohnungen zu bauen.

Die Stadt sorgt dafür, dass die Stadtbau
über die erforderlichen Grundstücke und
finanziellen Ressourcen verfügen kann.

Unsere Forderung Nr. 1

Mietenstopp:

Die Mieten der Stadtbau GmbH werden bis mindestens 31.12.2025 eingefroren.

Unsere Forderung bundesweit:

Mieterhöhungen im Bestand
flächendeckend begrenzen!

Unsere Forderung Nr. 6

Städtisches

Grundstücksmanagement:

Die Stadt Regensburg erstellt eine Übersicht über die vorhandenen Grundstücksflächen, die als künftige Wohn-Neubaugebiete in Frage kommen.

Die Stadt Regensburg verkauft grundsätzlich keine Grundstücke und kauft vorausschauend und kontinuierlich (insbesondere durch Nutzung ihres Vorkaufsrechts) geeignete größere Grundstücke auf.

Unsere Forderung Nr. 7

Vorrang von Wohnnutzung:

Bei der Ausweisung von Grundstücksflächen hat die Nutzung als Wohnbaugebiet grundsätzlichen Vorrang vor der Nutzung als Gewerbefläche. Die Stadt wirkt darauf hin, dass Firmen Werkswohnungen erstellen.

Die Zweckentfremdungssatzung wird konsequent angewendet.

Unsere Forderung Nr. 8

Alternative Wohnformen:

Regensburg steht alternativen Wohnformen (z.B. generationsübergreifenden Projekten) und Wohnexperimenten (z.B. Tiny Houses) wohlwollend gegenüber und fördert sie durch Grundstücksvergabe und finanzielle Unterstützung.

Unsere Forderung Nr. 9

Nachverdichtung und Mischnutzung:

Die Stadt nutzt geeignete Möglichkeiten zur Schaffung von Wohnraum durch

- verantwortungsvolle Nachverdichtung,
- Überbauung von Parkflächen,
- Mischung von Gewerbe- und Wohnnutzung (z.B. bei Einkaufszentren und Nahversorgungszentren)
- Umwandlung von Gewerbe- in Wohnflächen

Unsere Forderung Nr. 10

Geförderter Wohnungsbau in den Umlandgemeinden:

Die Umlandgemeinden im Landkreis Regensburg müssen verstärkt Bauland für geförderte Wohnungen ausweisen. Laut einer Liste des Landratsamts gibt es derzeit (2020) in 25 von 41 Landkreisgemeinden keine einzige geförderte Wohnung.

Wir fordern sofort die Wiedereinführung
einer neuen

Wohnungsgemeinnützigkeit

Seit Abschaffung der
Wohnungsgemeinnützigkeit 1990 mangelt
es immer mehr an bezahlbarem Wohnraum
in Deutschland

Die Reichen werden immer reicher,
die Armen immer ärmer!

- Die Profiteure der Wohnungsnot zur
Kasse bitten
- Vermögenssteuer wieder erheben
- Konzerne wie Vonovia soweit möglich
in Gemeineigentum überführen
- Genossenschaften stärken

Der „soziale
Wohnungsbau“ der
letzten 30 Jahre in
Deutschland verdient
diesen Namen nicht.

Die aktuelle Miet-
Situation ist eine
Bankrotterklärung
„sozialer“
Wohnungsbaupolitik.

Der neoliberale Versuch, mit privaten Immobiliengesellschaften durch geförderten Wohnungsbau genügend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, ist gescheitert.

Fehler EOF-Förderung:

Die Immobiliengesellschaften verdienen sich mit Hilfe von EOF-Fördergeldern eine goldene Nase, aber die Mieten explodieren.

Die Zeche zahlen
die Mieter und der Staat.

Unhaltbare Mietpreise

Bund, Land und Kommunen

müssen endlich die Sache selbst in

die Hand nehmen oder

Genossenschaften fördern

Neue Wohnungsgemeinnützigkeit

jetzt!

Mieterhöhungen im
Bestand flächendeckend
für 6 Jahre begrenzen
-auch für
Staffel- und Indexmieten

Mietpreisbremse
scharf stellen
und Mietwucher
bestrafen!

Energetische Gebäudesanierung:

Klimaschutz und

Wärmewende

sozialverträglich

gestalten

Wir brauchen leistbare

Mieten:

Jährlich mindestens

100 000 neue

Sozialwohnungen

Wir brauchen ein
Soziales
Bodenrecht

Wir brauchen
die Stärkung
kommunaler
Wohnungs-
unternehmen

Wir brauchen
strengere Regeln für
Eigenbedarfs-
kündigungen und
Umwandlungen

Wir brauchen die
rasche Neuregelung des
kommunalen Vorkaufs-
rechts zur Limitierung
der Kaufpreise

Wir brauchen eine neue
Wohnungsgemeinnützigkeit
die das Gemeinwohl beim
Wohnungsbau in den
Mittelpunkt stellt

Mieten Stopp!

Denn Dein

Zuhause steht auf

dem Spiel!

Bundesweiter

Mietenstopp

Jetzt!

**Profitorientierte
Wohnungsunter-
nehmen enteignen
und
vergesellschaften**

**In allen Bundesländern
dauerhafte
Mietobergrenzen
(sog. Mietendeckel)
Einführen**

**Wesentlich mehr
öffentliche und
genossenschaftliche
Wohnungsbestände
schaffen!**

**Wir fordern eine
Neue Wohnungs-
gemeinnützigkeit, die
diesen Namen auch
verdient**

**Mieter*innen und
Stadtgesellschaft
müssen öffentliche
Wohnungsgesellschaften
demokratisch
kontrollieren können**

**Das Immobilienvermögen
beträgt in Deutschland
60% des
Gesamtvermögens
und gehört nur wenigen!
Stoppt Immobilien jetzt!**

**Wohnen ist ein
Grundbedürfnis und
darf nicht
kapitalistischer
Profitgier dienen!**

**Wohnungswirtschaft
unter Marktbedingungen
bedeutet absichtliche
Mangelwirtschaft und
führt zur
Mietpreissteigerung**

**Deutsche
Wohnungsbaupolitik führte
bisher nur zum Profit
privater Immobilienkonzerne
zu Lasten von Mieter*innen
und der Steuerzahler*innen
durch die „EOF-Förderung“**

bezahlbarer

Wohnraum

muss per Gesetz

Teil der öffentlichen

Daseinsvorsorge sein

**Öffentliche
Wohnungsbaupolitik
muss z.B. vom
kommunalen Wohnungsbau
in Wien, der Erbbaupolitik
in NL bzw. Singapur lernen**

**Grundstückeigentümer,
die ihre Baurechte aus
spekulativen Gründen nicht
ausüben mit einem
Baugebot belegen und bei
Missachtung enteignen**

Art. 14 Abs. 2 GG

**„Eigentum
verpflichtet“...**

**„Sein Gebrauch soll
zugleich dem Wohle der
Allgemeinheit dienen.“**

Art. 15 GG

**„Grund und Boden ...
können zum Zwecke der
Vergesellschaftung ... in
Gemeineigentum oder in andere
Formen der Gemeinwirtschaft
überführt werden.**